



# SACHBERICHT



## KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

### **20 Jahre Mauerfall - Stand und Perspektiven der ostdeutschen Länder im europäischen Einigungsprozess**

*Luncheon-Roundtable mit Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, 15. Oktober 2009, Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, präsentierte im Rahmen des „Luncheon-Roundtables“ seine Einschätzung zur Entwicklung ostdeutscher Länder im europäischen Einigungsprozess.

Zu Beginn seiner Rede betonte Ministerpräsident Böhmer, dass der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung noch wenige Monate vor deren Eintreten unvorstellbar waren. Die Forderung der Menschen in der DDR nach Demokratie, Reise- und Meinungsfreiheit habe eine beeindruckende Eigendynamik entfaltet. Doch erst die Zustimmung und Unterstützung der europäischen Nachbarn, insbesondere der ehemaligen Tschechoslowakei, Polens und Ungarns, hätten den friedlichen Verlauf der Revolution ermöglicht. Folge sei nicht nur die deutsche, sondern auch eine europäische Wiedervereinigung gewesen. Ministerpräsident Böhmer versteht es als zentrale Herausforderung seiner Generation, die Bedeutung dieser Ereignisse und der gewonnenen Freiheit auch nachfolgenden Generationen zu vermitteln.

Zu der deutschen Wiedervereinigung, verbunden mit Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, gab es, Ministerpräsident Böhmer zufolge, auch in der Rückschau keine vernünftige Alternative, da andernfalls noch mehr Menschen aus der DDR gen Westen aufgebrochen wären. Die in diesen historischen Monaten getroffenen Entscheidungen mögen ökonomisch teils fragwürdig gewesen sein, doch waren sie politisch geboten, so der Ministerpräsident.

Ferner vertrat Dr. Böhmer die Auffassung, dass die ökonomische Bilanz der Wiedervereinigung zu negativ bewertet wird. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und die anschließende Aufbauleistung würden in diesem Zusammenhang häufig unterschätzt. Nach der Wiedervereinigung kam es zu einem massiven Einbruch der in- und ausländischen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus ostdeutschen Ländern. Zudem waren die Märkte Anfang der 90er Jahre gesättigt, die ökonomischen Voraussetzungen für ein Wirtschaftswunder wie nach dem Zweiten Weltkrieg somit nicht gegeben.

Mit Hilfe der Transferleistungen aus Westeuropa konnte die Nachfrage angekurbelt und die Infrastruktur verbessert werden: eine signifikante Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung ostdeutscher Länder, so Dr. Böhmer. Die Kritik vieler Politiker an zu hohen Zuschüssen für die neuen Bundesländer betrachtet der Ministerpräsident bereits deshalb als

**SACHBERICHT**  
**EUROPABÜRO BRÜSSEL**  
OKTOBER 2009

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

unbegründet, weil ein Großteil des Geldes auch der westdeutschen Wirtschaft zugute kommt. Ferner wurde unterstrichen, dass sich die europäische Kohäsionspolitik positiv auf die neuen Bundesländer auswirkt, sodass diese ab 2013 nicht länger den bisherigen Höchstsatz als sogenannte Konvergenzregion erwarten dürfen. Denn während die neuen Bundesländer 1991 noch unter 50 % des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsprodukts lagen, konnten sie in weniger als 20 Jahren auf über 80 % des Gemeinschaftsdurchschnitts aufschließen. Da sich auch die osteuropäischen Staaten – nicht zuletzt dank ihrer gelungenen EU-Integration - positiv entwickelten, entstehe ein zunehmend homogener europäischer Wirtschaftsraum: Beleg für das Erfolgsmodell EU, so der Ministerpräsident.

Europa-Skepsis in Teilen der Bevölkerung verdeutlicht, laut Ministerpräsident Böhmer, dass die Errungenschaften europäischer Integration noch besser kommuniziert werden müssen. Dies hieße jedoch nicht, dass kontroverse Positionen der Mitgliedsstaaten - etwa zur Bedeutung städtischer Betriebe für die kommunale Daseinsvorsorge – nicht formuliert und sogar verteidigt werden sollten. Der Lissabon-Vertrag schaffe die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft des europäischen Projekts. Als besonders positive Elemente des Vertrags bezeichnete der Ministerpräsident die Ausdehnung des Subsidiaritätsprinzips auf die regionale und kommunale Selbstverwaltung sowie die Kontrolle über die Einhaltung dieses Prinzips durch die nationalen Parlamente.

Ministerpräsident Böhmer schloss seine Redner mit einem Verweis auf die Europafreundlichkeit des deutschen Grundgesetzes. Seit 1949 enthält seine Präambel das klare Bekenntnis, dass deutsche Volk sei „(...) von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Dieses Leitbild solle auch in Zukunft Kompass staatlichen Handelns in der Bundesrepublik sein.

In der anschließenden Diskussion akzentuierte ein Teilnehmer, die osteuropäischen Länder hätten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Rückschritte aufzuholen. Ministerpräsident Böhmer stimmte dem zu und betonte, dass der mentale Transformationsprozess mehr Zeit in Anspruch nimmt als der wirtschaftliche. Allerdings werde es aufgrund von Globalisierung und Mobilität zu einem beschleunigten Anpassungsprozess kommen.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer fragte, ob aus der Überwindung der problematischen Wirtschaftslage nach der Wiedervereinigung auch Schlüsse für die Bewertung der derzeitigen globalen Wirtschaftskrise gezogen werden könnten. Ministerpräsident Böhmer gab zu bedenken, dass es sich in beiden Fällen zwar um enorme Herausforderungen handle, die Rahmenbedingungen jedoch nicht vergleichbar seien. Während Anfang der 90er Jahre die Wirtschafts- und Währungsunion zu meistern gewesen sei, stellten heute die Außenhandelsmärkte die Kernherausforderung dar.

**SACHBERICHT**  
**EUROPABÜRO BRÜSSEL**  
OKTOBER 2009

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Auf die Frage, inwieweit Erfahrungen mit dem demographischen Wandel in Sachsen-Anhalt für die EU fruchtbar gemacht werden könnten, verwies Ministerpräsident Böhmer auf eine Wanderausstellung seines Bundeslandes zum Thema ‚Schrumpfende Städte‘. Grundsätzlich richteten sich Menschen bei Migrationsentscheidungen nach dem regionalen Arbeitsplatzangebot. Daher sei es geboten, den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln. Ziel sollte es dabei sein, möglichst viele Arbeitsplätze zu generieren, um besonders junge Menschen zu halten bzw. anzuziehen. Bisher sei auch der Anteil an ausländischen Mitbürgern in Sachsen-Anhalt mit nur 2% im Bundesvergleich sehr niedrig. Insgesamt müssten somit zahlreiche Faktoren zusammenspielen, um den negativen Konsequenzen des demographischen Wandels wirksam entgegenzutreten.

Olaf Ripken